

## **Dr. Walter Post**

### **Der Berliner Kongreß von 1878**

#### **Bismarcks Kunst der Diplomatie auf ihrem Höhepunkt**

Seit dem deutsch-französischen Krieg von 1870/71 und der Gründung des Deutschen Reiches wurde das europäische Staatensystem von fünf Großmächten dominiert. Neben Deutschland waren dies Großbritannien, Frankreich, die Österreichisch-Ungarische Monarchie und das Russische Kaiserreich. Dem deutschen Reichskanzler Otto von Bismarck gelang es Frankreich in den Jahren nach 1871 dank geschickter Diplomatie isoliert zu halten, so daß es keinen Bündnispartner für einen Revanchekrieg fand. Der Grund für solche Revanchepläne war die Annexion von Elsaß-Lothringen durch das Deutsche Reich 1871.

Größten Wert legte Bismarck auf gute Beziehungen zu Rußland. Berlin pflegte seit den Tagen des preußisch-russischen Bündnisses in den Befreiungskriegen gegen Napoleon 1813/15 traditionell ein Sonderverhältnis zu Sankt Petersburg. Die deutschen Siege über Frankreich 1870/71 und die Reichsgründung wurden durch die wohlwollende Neutralität Rußlands sehr erleichtert, Preußen hatte im Osten den Rücken frei. Dieses besondere Verhältnis hatte seine Grundlage u.a. in den engen persönlichen Beziehungen zwischen Kaiser Wilhelm I. und seinem Neffen Zar Alexander II.

Bismarck hatte nach dem preußischen Sieg über das Kaisertum Österreich bei Königgrätz 1866 alles getan, um eine Demütigung Wiens zu vermeiden, und es gelang ihm, ab dem Sommer 1870 eine Reihe von freundschaftlichen Zusammenkünften zwischen Kaiser Wilhelm und Kaiser Franz Joseph herbeizuführen. Die guten persönlichen Beziehungen der drei Monarchen führten schließlich zum Abschluß des Dreikaiserabkommen zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Rußland, das am 22. Oktober 1873 in Schloß Schönbrunn in Wien von Franz Joseph, Wilhelm und Alexander unterzeichnet wurde. Dieses Abkommen sollte die Solidarität der konservativen europäischen Monarchien zum Ausdruck bringen und lehnte sich an das Vorbild der Heiligen Allianz von 1815 an.<sup>1</sup>

Das Jahr 1875 brachte eine erneute Krise auf dem notorisch unruhigen Balkan hervor. In der Herzegowina brach ein Aufstand der christlich-orthodoxen Bauernschaft gegen die landbesitzende Aristokratie aus, die zwar ebenfalls serbischer Herkunft war, die sich aber mit den Osmanen arrangiert und zum Islam übergetreten war. Diese Erhebung griff schnell auf Bosnien über und fand Unterstützung durch die Serben in Österreich-Ungarn und im benachbarten Fürstentum Serbien, das erst 1830 seine de facto Unabhängigkeit vom Osmanischen Reich errungen hatte. Eine Unterdrückung des Aufstandes erschien angesichts der Unwegsamkeit des gebirgigen Landes und der notorischen Unfähigkeit der türkischen Regierung unwahrscheinlich, weshalb Serbien und Montenegro dem Osmanischen Reich den Krieg erklärten. Beide Länder erlitten jedoch bald Niederlagen, weshalb Rußland Serbien bereits im Herbst 1875 dazu drängte, Frieden zu schließen. Im April 1876 kam es zu einem Aufstand der christlich-orthodoxen Bevölkerung Bulgariens, die jedoch nach kurzer Zeit von osmanischen Truppen gewaltsam niedergeschlagen wurde. Bulgarien war seit 1393 Teil des Osmanischen Reiches und kein selbstständiger Staat.

Rußlands Ziele auf dem Balkan waren uralte. Seit dem Aufstieg der Moskauer Großfürsten hatte das Slawenreich sich beständig nach Süden in Richtung auf das Schwarze Meer und die Dardanellen ausgedehnt. Zar Peter der Große hatte im Verlauf seiner Kriege mit den Türken 1696 die Festung

---

<sup>1</sup> Die Große Politik der Europäischen Kabinette. Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871-1914. Hrsg. von Johannes Lepsius / Albrecht Mendelsohn-Bartholdy / Friedrich Wilhelm Timme. 54 Bde., Berlin 1922 ff., Bd. I, S. 206 ff.

Asow erobert und das ersehnte „Fenster zum Schwarzen Meer“ geöffnet. Seine Nachfolgerin Katharina die Große hatte die Krim und die ganze Nordküste des Schwarzen Meeres in Besitz genommen und Noworossija (Neurußland) begründet. Zum Vorteil Rußlands hatte der Geist des Nationalismus, den die Französische Revolution entfesselt hatte, auch die Griechen und Slawen auf dem Balkan erfaßt. Sie strebten danach, die türkische Herrschaft abzuschütteln, und Rußland war bereit, sie dabei zu unterstützen. Rußland war bis dahin achtmal in den Krieg gegen die Osmanen gezogen, sei es, um selbst Eroberungen zu machen, sei es um – zumindest nach außen hin – die unterworfenen Völker slawischer Herkunft orthodoxen Glaubens zu schützen. Im letzten dieser Kriege, dem Krimkrieg 1853-1856, hatte Sankt Petersburg allerdings gegen Großbritannien und Frankreich eine empfindliche Niederlage erlitten.

Österreich war damals Rußland in den Rücken gefallen, als es in Galizien Truppen konzentriert und damit die Verlegung russischer Heeresverbände auf die Krim verhindert hatte, die dort dringend benötigt wurden. Rußland war damals allein gegen Großbritannien, Frankreich und die Türkei gestanden und hatte nur von Preußen politische Unterstützung erfahren. Die feindselige Haltung Österreichs hatte Rußland einen Teil von Bessarabien gekostet. In Sankt Petersburg empfand man dies als eine unverzeihliche Undankbarkeit Kaiser Franz Josephs, dem wenige Jahre zuvor Nikolaus I. ein russisches Heer zur Unterstützung der österreichischen Armee bei der Niederschlagung des ungarischen Aufstand von 1849 gesandt hatte. Diese russischen Ressentiments sollten auch noch nach dem Abschluß des Dreikaiserbündnisses eine gewisse Rolle spielen. Sankt Petersburg wünschte dringend, den im Jahre 1856 verlorenen Teil Bessarabiens wiederzugewinnen und hätte nicht ungerne einen Aufstand, wie den in Bosnien und der Herzegowina, unterstützt, von dem man sich die weitere Auflösung des Osmanischen Reiches erhoffte. Obwohl der russische Außenminister Fürst Alexander Michailowitsch Gortschakow zunächst gegen eine Besetzung von Bosnien und der Herzegowina durch Österreich war<sup>2</sup>, freundete er sich allmählich doch mit diesem Gedanken an, wenn Rußland entsprechende Kompensationen erhalten sollte.

Österreich konnte sich nicht, wie Rußland, gegenüber den unterdrückten christlichen Balkanvölkern auf die Bande des orthodoxen Glaubens oder der Verwandtschaft aller Slawen stützen. Es konnte auch nicht wünschen, daß diese Völker ihre Unabhängigkeit unter russischer Oberherrschaft errangen. Die Habsburgermonarchie zählte insbesondere in der ungarischen Reichshälfte bereits mehr slawische Untertanen, als sie assimilieren konnte. Der österreichische Minister des Auswärtigen, Gyula Graf Andrassy, ein Ungar, war deswegen zunächst gegen den Erwerb von Bosnien und der Herzegowina, von dem er nur Schwierigkeiten erwartete.<sup>3</sup> Er hätte es bevorzugt, wenn sich die europäischen Großmächte zusammenschlossen und auf einer Konferenz von den Türken Reformen für Bosnien und die Herzegowina verlangten. Er wollte allerdings keine Aufteilung des Osmanischen Reiches. Seine Auffassung fand ihren Niederschlag in der „Andrassy-Note“ vom 30. Dezember 1875, in der ein Waffenstillstand, eine Reihe von Reformen und die Ernennung einer gemischten christlich-muslimischen Kommission gefordert wurde, die die Ausführung der Reformen überwachen sollte. Die Türken stimmten diesen Forderungen scheinbar zu, aber die aufständischen Bosnier weigerten sich, die Bedingungen der „Andrassy-Note“ zu akzeptieren, und die Krise spitzte sich weiter zu.

Bismarcks Hauptsorge war zu dieser Zeit, die Orientfrage nicht zu einer Bedrohung des europäischen Friedens und der guten Beziehungen zwischen Österreich und Rußland werden zu lassen.<sup>4</sup> Deutschland selbst hatte, wie er wiederholt erklärte, keinerlei eigene Interessen auf dem Balkan. Aber die Gefahr eines Bruchs zwischen Rußland und Österreich oder der Bildung einer europäischen Koalition infolge der bosnischen Krise war für ihn eine sehr ernste Angelegenheit. Andrassys

---

<sup>2</sup> Eduard v. Wertheimer, Graf Julius Andrassy. Sein Leben und seine Zeit; Stuttgart 1913, Bd. II, S. 118

<sup>3</sup> Ebenda, S. 259 ff.

<sup>4</sup> Die Große Politik, a.a.O., Bd. I, S. 207

Vorschlag einer Konferenz der Mächte beurteilte er nicht günstig, weil er fürchtete, daß Österreich sich an der Seite Englands wiederfinden und daß Rußland sich dann Frankreich annähern würde. Fürst Gortschakow, so glaubte Bismarck, würde nicht abgeneigt sein, einmal mit Frankreich „eine Extratour zu tanzen“. Und eine Teilung Europas in eine britisch-österreichische und eine französisch-russische Gruppe würde Deutschland in eine gefährliche Lage bringen. Auf Berlin würde die undankbare Aufgabe zukommen, entweder als Vermittler zwischen den beiden Gruppen zu wirken, oder es würde sich auf diese Weise die Feindschaft zumindest zweier Nachbarn zuziehen. Eine solche Situation mußte auch das Dreikaiserbündnis und damit auch die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens gefährden.<sup>5</sup>

Unterdessen waren Zar Alexander und Kaiser Franz Joseph in Begleitung ihrer Minister auf Schloß Reichstadt in Böhmen zusammengetroffen und hatten dort ohne Kenntnis Bismarcks am 8. Juli 1876 ein Geheimabkommen unterzeichnet. Sie kamen überein, zunächst nicht in der Türkei zu intervenieren. Sollte die Türkei der Aufständischen Herr werden, so sollten Rußland und Österreich die Serben vor den Osmanen schützen und auf wirkliche Reformen in der Türkei drängen. Sollten aber die Aufständischen ihren Widerstand mit Erfolg fortsetzen und die europäische Türkei sich auflösen, so sollte Österreich Bosnien, Rußland aber den Teil Bessarabiens wiedererhalten, den es 1856 verloren hatte. Bulgarien und Rumelien sollten selbstständig werden, einige osmanische Gebiete Serbien, Montenegro und Griechenland zufallen und Konstantinopel eine Freie Stadt werden.<sup>6</sup> Das Osmanische Reich wäre damit auf seine asiatischen Besitzungen reduziert worden.

Durch dieses Abkommen hatte Gortschakow Österreichs prinzipielle Zustimmung zur Teilung der Türkei erhalten. Die Bedingungen waren nach Andrássys Auffassung für Österreich sehr günstig. Das Abkommen sah auf dem Balkan die Gründung einer Anzahl kleiner und schwacher Staaten vor und schloß ausdrücklich die Schöpfung großer starker slawischer Faktoren, sei es serbischer oder bulgarischer Nationalität, aus, die sich natürlich an Rußland angeschlossen hätten und so zu einer Bedrohung Österreichs geworden wären. Darüber hinaus konnte durch die Annexion von Bosnien und der Herzegowina Österreich Sicherheit für seine dalamtinischen Besitzungen erhalten und die Gefahr des wachsenden großserbischen Nationalismus mindern. Andrássys Bemühungen, türkische Reformen in den Auspenden durchzusetzen, blieben ergebnislos, und er war schließlich von der Nutzlosigkeit aller Bestrebungen überzeugt, irgend eine befriedigende Ordnung für die christlichen Untertanen der Türkei zu erreichen. Und sollte Österreich wirklich Bosnien und die Herzegowina annectieren können, so war es in jedem Fall besser, wenn Rußland seine Zustimmung gab.

Aber die Ereignisse nahmen einen anderen Verlauf, als Gortschakow und Andrassy erwartet hatten. Das Osmanische Reich brach nicht zusammen, im Gegenteil: die Türken legten eine überraschende Widerstandskraft an den Tag und schugten die Aufständischen in einer Reihe von Gefechten. Im August bat schließlich Fürst Milan von Serbien Rußland um Hilfe. Gortschakow und der Petersburger Hof glaubten, sie müßten im Interesse der unterdrückten orthodoxen Slawen handeln, und sofort erwachte wieder die alte Rivalität zwischen Rußland und Österreich. In dieser verfahrenen Situation wandten sich die Regierungen in Wien und Sankt Petersburg an den deutschen Reichskanzler Otto von Bismarck.

Am 13. September 1876 unterrichtete Andrassy den deutschen Botschafter in Wien über das Abkommen von Reichstadt, das auf Wunsch Gortschakows bisher vor Bismarck geheimgehalten worden war.<sup>7</sup> Gortschakow nahm Zuflucht zu einer List, die bei Bismarck einige Verstimmung auslöste. An Stelle des offiziellen Weges über den russischen Botschafter in Berlin versuchte er, über

---

<sup>5</sup> Ebenda, Bd. II, 31 ff.

<sup>6</sup> Ebenda, Bd. I, 34 ff.

<sup>7</sup> Ebenda, Bd. II, S. 45 ff.

den Zaren und General Bernhard von Werder, Kaiser Wilhelms persönlichen Vertreter beim Zaren, zu verhandeln. Ganz unvermittelt wurde an Werder, der sich mit Zar Alexander in Livadia auf der Krim aufhielt, die Frage gerichtet, ob Deutschland im Falle eines Krieges zwischen Rußland und Österreich wohlwollende Neutralität bewahren würde, wie es Rußland 1870 getan hatte. Werder gab die peinliche Frage nach Berlin weiter, aber Bismarck wich der Beantwortung aus. Einige Tage später ließ Bismarck den deutschen Botschafter in Sankt Petersburg Außenminister Gortschakow seine Ziele darlegen: Erhaltung des europäischen Friedens und Verständigung innerhalb des Dreikaiserbündnisse. Sollte sich Rußland für eine Intervention in der Türkei entscheiden, so würde Bismarck Österreich von einem Angriff auf Rußland abzuhalten suchen; er hoffe, daß ihm dies gelingen werde. Wenn nicht, wenn es also trotz seiner Bemühungen zum Kriege zwischen Rußland und Österreich kommen sollte, werde Deutschland nicht notwendigerweise seine Neutralität aufgeben, es könne sich nicht vorher festlegen. Nur soviel könne er sagen, daß das deutsche Interesse keine europäische Koalition dulde, die Rußlands Stellung als Großmacht beeinträchtigen könnte; ebensowenig könne er andererseits zugeben, daß Österreich in seiner Stellung als europäische Großmacht bedroht werde.<sup>8</sup> Bismarck wörtlich: „Wir könnten zwar ertragen, daß unsere Freunde gegeneinander Schlachten verlören oder gewinnen, aber nicht, daß einer von beiden so schwer verwundet und geschädigt würde, daß seine Stellung als unabhängige und in Europa mitredende Großmacht gefährdet würde.“<sup>9</sup>

Bismarcks Weigerung, Rußland freies Spiel gegen Österreich zu gewähren, veranlaßte Gortschakow zur Zurückhaltung. Man einigte sich schließlich dahingehend, daß die Vertreter der christlichen Mächte in Konstantinopel zusammentreten und Sultan Abdülhamid II. von der Notwendigkeit wirklicher Reformen überzeugen sollten. Die Osmanen reagierten auf dieses Vorhaben jedoch mit ihrer klassischen Obstruktionspolitik. Der Sultan verhinderte die Konferenz, indem er eine Verfassung für die Türkei verkündete und weitgehende Reformen versprach. Gortschakow hatte aus guten Gründen keinerlei Vertrauen in die Ehrlichkeit dieser Versprechungen. Am 15. Januar 1877 bewog er Österreich dazu, in Budapest eine neue Geheimkonvention zu unterzeichnen, in der Österreich versprach, sich einem russischen Vormarsch südlich der Donau nicht zu widersetzen, während Rußland der Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Österreich grundsätzlich zustimmte.<sup>10</sup>

Um einen drohenden russisch-türkischer Krieg zu verhindern, tagte von Dezember 1876 bis Januar 1877 in Konstantinopel eine Konferenz der Botschafter der europäischen Großmächte. Diese verlangten von der Hohen Pforte, nach dem Friedensschluß mit Serbien auch mit Montenegro Frieden zu schließen und den Bulgaren innerhalb des Osmanischen Reiches weitgehende Autonomierechte einzuräumen. Die Großmächte behielten sich das Recht vor, die Durchführung dieser Reform zu überwachen. Sultan Abdülhamid II. weigerte sich jedoch, eine solche Souveränitätseinschränkung hinzunehmen, woraufhin Rußland dem Osmanischen Reich im April 1877 den Krieg erklärte.<sup>11</sup>

Noch im gleichen Monat eröffnete das Russische Reich den Feldzug gegen die Türken. Zwischen Juli und Dezember schlug die Russische Armee in Bulgarien insgesamt drei Schlachten um die befestigte Stadt Plewna, ohne sie erobern zu können. Es folgte eine mehrmonatige Belagerung, und schließlich kapitulierte die türkische Garnison unter Osman Pascha am 10. Dezember 1877. Im darauffolgenden Januar erzwangen die Russen unter Generalleutnant Fjodor Fjodorowitsch Radezki den Übergang über den Schipka-Paß, womit der Weg nach Konstantinopel frei war.

Da er eine militärische Eroberung seiner Hauptstadt tunlichst vermeiden wollte, sah sich Sultan Abdülhamid II. gezwungen, am 3. März 1878 in San Stefano (heute Yeşilköy, ein Vorort von Istanbul)

<sup>8</sup> Ebenda, Bd. II, S. 72 ff.; vgl. auch II, S. 108 und VI, S. 356 f.

<sup>9</sup> Otto v. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Stuttgart 1898, Bd. II, S. 214

<sup>10</sup> Die Große Politik, a.a.O., Bd. II, S. 111 ff.

<sup>11</sup> Josef Matuz: Das Osmanische Reich. Grundlinien seiner Geschichte, Darmstadt 1985, S. 238.

einen Friedensvertrag zu unterzeichnen. Das Osmanische Reich mußte darin die volle Souveränität Rumäniens, Serbiens und Montenegros anerkennen und kleinere Gebiete an diese Länder abtreten. Außerdem sollte, wie bereits von der Konferenz der europäischen Botschafter in Konstantinopel beschlossen, ein großbulgarischer Staat geschaffen werden, der den vorherrschend von Bulgaren bewohnten Teil der Türkei und einen ausgedehnten Küstenabschnitt am Ägäischen Meer umfassen sollte. Der Frieden von San Stefano bedeutete für das Osmanische Reich den Verlust fast sämtlicher europäischen Besitzungen, während das Russische Reich die Vorherrschaft auf der Balkanhalbinsel und einen direkten Zugang zum Mittelmeer errang. Das Gebiet des neu zu schaffenden Fürstentum Bulgariens war zu diesem Zeitpunkt von russischen Truppen unter Generalleutnant Alexander Michailowitsch Dondukow-Korsakow besetzt und damit de facto ein russisches Protektorat.

Gegen den Vertrag von San Stefano erhob sich von allen Seiten Widerstand: von Griechenland, Serbien und Rumänien, weil dies Großbulgarien mächtiger zu werden versprach als jeder dieser drei Staaten.

Österreich-Ungarn fürchtete, seinen Einfluß auf dem Balkan zu verlieren, sei es durch eine russische Hegemonie, sei es durch die Schaffung eines Großstaates aller Balkanslawen in der ferneren Zukunft. Die Regierung in Wien nahm Kriegskredite auf und versetzte die Garnisonen an der Grenze zu Rußland in Alarmbereitschaft.

Großbritannien fürchtete um seine Handelsbeziehungen mit dem Osmanischen Reich und sah das Gleichgewicht der Kräfte auf dem Balkan bedroht, wie es seit dem Krimkrieg von 1853/56 bestanden hatte. Premierminister Benjamin Disraeli ließ 5.000 Mann Gurkha-Truppen auf der Insel Malta stationieren, britische Fregatten liefen ins Marmarameer ein. Auf der Balkanhalbinsel formierte sich bereits bewaffneter Widerstand der muslimischen Bevölkerung gegen die Loslösung ihrer Wohngebiete vom Osmanischen Reich.

Am Horizont zeichnete sich ein Krieg zwischen den Großmächten ab. Österreich-Ungarn sah sich für einen Krieg gegen Rußland aber nicht ausreichend gerüstet, weshalb Außenminister Andrassy vorschlug, auf einem Kongreß der Großmächte eine diplomatische Lösung zu finden. Fürst Gortschakow willigte ein und schlug als Konferenzort Berlin vor. Das Deutsche Reich verfolgte als einzige europäische Großmacht auf dem Balkan keine eigenen Interessen.<sup>12</sup> Dies hatte Reichskanzler Bismarck bereits am 5. Dezember 1876 vor dem Deutschen Reichstag ausgesprochen, als er sagte, auf dem ganzen Balkan sehe er „für Deutschland kein Interesse [...], welches auch nur [...] die gesunden Knochen eines einzigen pommerschen Musketiers wert wäre“.<sup>13</sup> Im Februar 1878 äußerte er ebenfalls vor dem Reichstag, er wolle nicht der „Schiedsrichter“ in der Orientalischen Frage sein, er sei aber bereit, die Rolle eines „ehrlichen Maklers, der das Geschäft wirklich zu Stande bringen will“ zu übernehmen.<sup>14</sup> Er verlangte aber, daß die drei streitenden Parteien – Österreich-Ungarn, Rußland und Großbritannien - sich in Vorverhandlungen grundsätzlich vorab einigen sollten.

Die britische Regierung griff diesen Ansatz gerne auf, weil sie ihre Interessen in bilateralen Verhandlungen besser durchsetzen zu können glaubte als in einem multilateralen Format. Sie schloß daher drei getrennte Vorabkommen ab.<sup>15</sup> Bei den Beratungen von Außenminister Lord Robert

<sup>12</sup> Michael Stürmer: Das ruhelose Reich. Deutschland 1866–1918, Berlin 1994, S. 197

<sup>13</sup> Bismarcks Reden und Briefe: Nebst einer Darstellung des Lebens und der Sprache Bismarcks. 1895 herausgegeben von B. G. Teubner, S. 69

<sup>14</sup> Aus der Rede des Fürsten Bismarck über die orientalische Frage. In: Hottinger's Volksblatt, über Bismarcks Rede vom 19. Februar 1878

<sup>15</sup> Theodor Schieder: Europa im Zeitalter der Nationalstaaten und europäische Weltpolitik bis zum I. Weltkrieg (1870–1918). In: ders. (Hrsg.): Handbuch der europäischen Geschichte, Stuttgart 1968, S. 65.

Salisbury mit dem russischen Botschafter in London, Pjotr Andrejewitsch Schuwalow, wurde man sich am 30. Mai 1878 einig, daß es kein Großbulgarien geben solle. Fürst Gortschakow wünschte aber, daß das Ergebnis der Vorverhandlungen erst in Berlin ratifiziert würde. Salisbury gestand ihm auch zu, daß die Entscheidungen in Berlin nur einstimmig getroffen werden sollten, wodurch Rußland ein Veto-Recht behielt.

Mit Österreich-Ungarn verständigte sich Salisbury am 6. Juni in London, daß die neue Südgrenze Bulgariens am Balkengebirge verlaufen und die Österreicher Bosnien-Herzegowina besetzen sollten, womit sich Rußland ja bereits im Januar 1877 einverstanden erklärt hatte.

Auch die Osmanen waren zu einer Vorabsprache mit den Briten bereit. Sie befürchteten, daß eine Einigung der rivalisierenden Großmächte auf ihre Kosten gehen würde. Daher schlossen sie am 4. Juni 1878 in Konstantinopel ein Geheimabkommen mit den Briten, die ihnen ihre asiatischen Besitzungen garantierten und zusagten, eine russische Inbesitznahme der Dardanellen nicht zuzulassen. Im Gegenzug erhielt Großbritannien das Recht, die Insel Zypern zu besetzen und zu verwalten, die Insel blieb formell aber unter osmanischer Souveränität. Im Ausgleich hierfür erklärte sich Großbritannien bereit, eine französische Annexion Tunesiens anzuerkennen, ein Vorhaben, das auch die Unterstützung Bismarcks fand.

Am 13. Juni 1878 kamen die europäischen Politiker und Diplomaten auf Einladung Bismarcks in Berlin zusammen. Sie tagten einen Monat lang in der Reichskanzlei. Außer den Vertretern der Großmächte und des Osmanischen Reiches waren auch je ein Vertreter Griechenlands, Rumäniens und Serbiens anwesend, die zwar kein Stimmrecht hatten, aber in informellen Gesprächen einige Vorteile für ihre Staaten aushandeln konnten. Die Bulgaren, deren Staat noch nicht international anerkannt war und die zum Zeitpunkt des Kongresses auch noch keine Regierung verfügten, waren in Berlin nicht vertreten.<sup>16</sup>

Der Kongreß tagte unter dem Vorsitz von Bismarck in zwanzig Vollsitzungen, zahllosen Kommissionsberatungen, internen Besprechungen und Arbeitsessen, für die der Hotelier August F. W. Borchardt opulente Buffets anrichtete. Dafür zahlte ihm die Reichskasse pro Tag 500 Mark, was nach seinen eigenen Angaben seine Ausgaben aber nicht deckte. Kongreßsprache war Französisch; nur der britische Premierminister Disraeli beharrte darauf, Englisch zu sprechen.<sup>17</sup> Bismarck entwarf die Tagesordnungen der Sitzungen und drängte auf rasche Erledigung, angeblich weil seine angegriffene Gesundheit ihn dazu zwang, möglichst bald zur Kur nach Bad Kissingen abzureisen. Stockten die Verhandlungen über Punkte, die in London nicht hinreichend beraten worden waren, suchte er nach Kompromissen, wobei er sich auch nicht scheute, offene Drohungen auszusprechen. Mit der osmanischen Gesandtschaft pflegte er ziemlich rücksichtslos zu verfahren, einmal empfing er sie in der vollen Uniform eines Generals der preußischen Kavallerie einschließlich Pickelhaube.<sup>18</sup>

Gortschakows Hoffnung, daß Bismarck die russischen Wünsche gegen die britischen Einwände stärker unterstützen würde, erfüllte sich nicht. Allenfalls moralisch unterstützte der Reichskanzler die russischen Positionen, die wegen gesundheitlicher Probleme Gortschakows hauptsächlich durch den Botschafter Schuwalow vertreten wurden.

Der Kongreß bestätigte in seinen ersten sieben Vollsitzungen bis zum 26. Juni weitgehend die Ergebnisse der Londoner Vorberatungen: Die Bestimmungen des Friedens von San Stefano wurden fast vollständig aufgehoben: Statt eines unter russischem Einfluß stehenden Staates Großbulgarien (mit einer Fläche von 164.000 Quadratkilometern) wurde nun ein selbstregiertes, unter osmanischer

---

<sup>16</sup> Ebenda, S. 66.

<sup>17</sup> Stürmer: Das ruhelose Reich. a.a.O., S. 197

<sup>18</sup> Otto Pflanze: Bismarck. Der Reichskanzler, München 1998, S. 165 ff.

Oberhoheit bleibendes Fürstentum Bulgarien (mit 64.000 Quadratkilometern) errichtet, dessen Gebiet auf das Territorium der ehemaligen osmanischen Donau-Provinz (das Gebiet zwischen der unteren Donau und dem Balkengebirge) und im Südwesten das Becken von Sofia bis hin zum Rila-Gebirge beschränkt war. Die Oberthrakische Tiefebene und die Rhodopen südlich des Balkan blieben als autonome Provinz Ost-Rumelien beim Osmanischen Reich. Makedonien wurde wieder der Hohen Pforte unterstellt und blieb bis 1912 die zentrale Provinz Rumeliens. Die Dauer der russischen militärischen Besetzung dieses Gebietes wurde von zwei Jahren auf neun Monate verkürzt.

Die Souveränität Montenegros, Serbiens und Rumäniens wurde dagegen in vollem Umfang bestätigt. Letzteres mußte zum Ausgleich für Rußlands Machtverlust Gebiete im südlichen Bessarabien abtreten und wurde mit dem nördlichen Teil der Dobrudscha einschließlich des Schwarzmeerhafens Constanța entschädigt.

Vom 26. Juni an befassten sich die Konferenzteilnehmer in mehreren Sitzungen mit den neuen Grenzen der übrigen südosteuropäischen Staaten. Serbien erhielt Gebietsvergrößerungen an seiner Südgrenze, außer dem schon in San Stefano gewonnenen Territorium um Niš wurden nun auch Piro und Vranje serbisch. Montenegro wurde um mehr als ein Drittel seiner Fläche vergrößert und bekam mit Bar erstmals einen Hafen. Der griechische Außenminister Theodoros Deligiannis konnte die Zustimmung der Großmächte für Gebietsvergrößerungen an der griechischen Nordgrenze in Epirus und Thessalien erringen. Alle diese Gebietsabtretungen gingen natürlich auf Kosten des Osmanischen Reiches.

Frankreich wurde für seine Zustimmung zum Berliner Vertrag die Annexion des osmanischen Vasallenstaats Tunis in Aussicht gestellt, die 1881 tatsächlich erfolgte.

Österreich-Ungarn erhielt, wie im Budapester Vertrag vom Januar 1877 vorgesehen, das Recht, Bosnien-Herzegowina zu besetzen, dessen Bevölkerung aus orthodoxen Serben, katholischen Kroaten und Muslimen bestand. Die Osmanen protestierten dagegen, bekamen aber von Andrassy in einer geheimen Abmachung zugesichert, die Regierung in Wien sei bereit, diese Okkupation „als provisorische zu betrachten“.

Gegen Ende des Kongresses wurden die finanziellen Folgen des Krieges beraten und die russischen Territorialgewinne in Transkaukasien (Ardahan, Batumi und Kars) auf Kosten der Türkei bestätigt. Letztere hatten zur Folge gehabt, daß aus diesen Gebieten Muslime, insbesondere Tscherkessen, nach Ostanatolien geflohen waren, wodurch die dort mehrheitlich siedelnden christlichen Armenier unter Druck gerieten. Im Berliner Vertrag wurde die Hohe Pforte daher verpflichtet, umgehend Reformen zur Verbesserung der Lage der Armenier ins Werk zu setzen und deren Sicherheit gegen Übergriffe von Kurden und Tscherkessen zu garantieren. Die Osmanen willigten ein, weigerten sich aber später, diese Bestimmungen praktisch umzusetzen.<sup>19</sup> Am 13. Juli 1878 wurde der Berliner Vertrag von den europäischen Großmächten und dem Osmanischen Reich unterzeichnet.

Es war für Bismarck nicht leicht gewesen, einen Ausgleich zwischen den österreichischen und den russischen Interessen zu erzielen. Im Endergebnis wurde das Recht Österreichs, Bosnien und die Herzegowina zu besetzen, erneut bestätigt. Rußland erhielt den 1856 verlorenen Teil von Bessarabien und Gebiete zwischen dem Schwarzen und dem Kaspischen Meer. Aber Gortschakow erschien sie angesichts der militärischen Erfolge, die Rußland im Krieg von 1877/78 errungen hatte, als nicht ausreichend. Er verließ Berlin mit dem Gefühl, daß Bismarck die russischen Interessen nicht mit

---

<sup>19</sup> Annette Schaeffgen: Von der treuen millet zum Sündenbock oder Die Legende vom armenischen Dolchstoß. Der Völkermord an den Armeniern im Ersten Weltkrieg. In: Wolfgang Benz (Hrsg.): Vorurteil und Genozid. Ideologische Prämissen des Völkermords, Wien 2010, S. 39 f.

genügendem Nachdruck vertreten und Rußlands wohlwollende Neutralität im Krieg von 1870/71 mit Undank vergolten habe. In Rußland gab es in der panslawistischen Presse einen heftigen publizistischen Sturm gegen Deutschland, was Bismarck als höchst ungerecht empfand. Obwohl er Österreich und Großbritannien in manchen Punkten unterstützt hatte, hatte er auch für Rußland mehr erreicht als Gortschakow selbst es konnte. Er war der Meinung, daß Rußland sich lieber seiner tatsächlichen Gewinne erfreuen, als nur den Berliner Vertrag mit dem Vertrag von San Stefano vergleichen sollte. Die Gegnerschaft zwischen Gortschakow und Bismarck und die heftige Pressefehde auf beiden Seiten unterbrach zeitweilig die gemeinsame Arbeit, zu der man sich im Dreikaiserbündnis verabredet hatte. Obwohl die Russen auf dem Berliner Kongreß bei nüchterner Betrachtung der Lage das Maximum dessen erlangt hatten, was ohne einen großen Krieg erreichbar war<sup>20</sup>, empfanden sie den Berliner Vertrag als Niederlage: Ihre Ordnungsvorstellungen für Südosteuropa hatten sich nicht durchsetzen lassen, der erhoffte direkte Zugang zum Mittelmeer war ihnen verwehrt geblieben. Die Rivalität zwischen Österreich und Rußland auf dem Balkan vertiefte sich und sollte bis zum Ausbruch des Weltkrieges 1914 zu einer Konstante der europäischen Politik werden.

Für das Deutsche Reich war der Kongreß insgesamt aber ein großer Erfolg, da die Mächte die faktische Stellung der neuen europäischen Großmacht durch ihren Besuch in Berlin anerkannten. Auch konnte Bismarck demonstrieren, daß er die deutsche Machtstellung nicht zu weiterer nationaler Expansion einzusetzen gedachte: Das Reich zeigte sich demonstrativ saturiert.<sup>21</sup>

Für Österreich-Ungarn war der Berliner Kongreß nur vordergründig ein Erfolg. Außer den verschlechterten Beziehungen zu Rußland bereitete die staatliche Integration Bosniens erhebliche innenpolitische Probleme. Auf die Dauer machte sich auch der Unmut Serbiens bemerkbar, dessen Eliten sich Hoffnung auf Gebietsgewinne in Bosnien gemacht hatten. Auf dem Balkan führte der Berliner Kongreß zu einem scharfen serbisch-bulgarischen Gegensatz. In drei Kriegen (Serbisch-Bulgarischer Krieg 1885/86, Zweiter Balkankrieg 1913, Weltkrieg 1914/18) standen sich beide Länder als Feinde gegenüber, die um den Besitz Mazedoniens stritten. Für die Bulgaren war der Berliner Friedensvertrag eine große Enttäuschung.<sup>22</sup> Sie waren mit den ihnen gezogenen engen Grenzen naturgemäß nicht zufrieden. Die bulgarische Außenpolitik war bis zum Weltkrieg konstant darauf ausgerichtet, jene Gebiete zu gewinnen, die Rußland den Bulgaren in San Stefano versprochen hatte.

Für das Osmanische Reich war das Ergebnis des Berliner Kongresses zwiespältig. Auf der einen Seite stand es deutlich besser da, als es bei einer Verwirklichung des Friedensvertrags von San Stefano der Fall gewesen wäre. Auch hatten die Großmächte die Vertreter der Hohen Pforte in Berlin als Teilnehmer des „europäischen öffentlichen Rechts und Konzerts“ anerkannt.<sup>23</sup> Gleichwohl waren die territorialen Verluste gegenüber dem Zustand vor Ausbruch der Orientalischen Krise gravierend, und es war deutlich, daß das Osmanische Reich nur Objekt der Verhandlungen, aber kaum gleichberechtigter Teilnehmer war. Der Berliner Kongreß und die ausländische Verwaltung seiner Staatsschulden, die das bankrotte Osmanenreich 1881 zugestehen mußte, zeigten, daß die einstige Großmacht zum „Kranken Mann am Bosphorus“ herabgesunken war.<sup>24</sup> Sie war ein Spielball der Großmächte geworden, die ihre Territorien nur deshalb nicht gänzlich verlor, weil Großbritannien,

<sup>20</sup> George F. Kennan: *The Decline of Bismarck's European Order. Franco-Russian Relations, 1875-1890*, Princeton 1979

<sup>21</sup> Schieder: *Europa im Zeitalter der Nationalstaaten*, a.a.O., S. 66.

<sup>22</sup> Mehmet Hacisalihoglu: *Die Jungtürken und die Mazedonische Frage (1890-1918)*, München 2003, S. 48.

<sup>23</sup> Gotthard Jäschke: *Das Osmanische Reich vom Berliner Kongreß bis zu seinem Ende*. In: Theodor Schieder (Hrsg.): *Handbuch der europäischen Geschichte*, Stuttgart 1968, S. 539.

<sup>24</sup> Matuz: *Das Osmanische Reich*, a.a.O., S. 240.



Rußland und Österreich-Ungarn sich nicht über die Aufteilung der Beute einigen konnten. Hinzu kam das Problem des wachsenden Nationalismus der Balkanvölker, dem in Berlin zumindest teilweise nachgegeben worden war. Er sollte sich Anfang des 20. Jahrhunderts in mehreren antitürkischen Aufständen entladen und führte schließlich im Balkankrieg von 1912 zum Verlust aller europäischen Provinzen des Osmanischen Reichs.

Die britische Regierung war mit den Ergebnissen der Berliner Konferenz uneingeschränkt zufrieden denn man hatte Rußland erfolgreich aus dem Mittelmeer herausgehalten und zusätzlich Zypern als Flottenstützpunkt gewonnen. Außenminister Lord Salisbury wurde für seine Verhandlungserfolge mit dem Hosenbandorden ausgezeichnet. Premierminister Disraeli äußerte sich daher auch sehr zufrieden über Bismarcks Verhandlungsführung. Das deutsch-britische Verhältnis sollte noch lange danach von einer gegenseitigen wohlwollenden Neutralität geprägt sein.

Der 1878 aufgebrochene russisch-deutsche Gegensatz beschränkte sich nicht auf den persönlichen Streit zwischen Bismarck und Gortschakow. In den Kommissionen für die Durchführung des Berliner Vertrages unterstützten die deutschen Delegierten in der Regel Österreich gegen Rußland. Rußland antwortete mit umfangreichen Truppenverlegungen nach Polen. Im Sommer 1879 beklagte sich Zar Alexander in einem persönlichen Brief an Kaiser Wilhelm (dem sogenannten „Ohrfeigenbrief“) über Bismarcks Politik und warnte ihn vor deren verhängnisvollen Folgen.<sup>25</sup>

Im Sommer 1879 erfuhr Bismarck, daß sein alter Freund Andrassy als österreichischer Außenminister zurücktreten und durch Heinrich Freiherr von Haymerle ersetzt werden sollte. Angesichts der dunklen Wolken am Horizont entschloß er sich, noch ehe Andrassy aus dem Amt schied, ein Defensivbündnis mit Österreich zum Abschluß zu bringen. Er entwarf mit ihm den Vertrag vom 7. Oktober 1879, der das österreichisch-deutsches Bündnis begründete. Gern hätte er einen Verrag gesehen, worin sich Österreich und Deutschland für jeden Fall des Angriffs seitens einer dritten Macht, sei es Rußland, Frankreich oder Italien, gegenseitig Unterstützung zusicherten. Aber Österreich wollte seine östliche Grenze nicht dadurch einem russischen Angriff aussetzen, daß es die unbedingte Pflicht übernahm, Deutschland im Westen gegen einen französischen Revanchekrieg zu unterstützen. Österreich beschäftigte im wesentlichen die russische Gefahr. So sah der Vertrag vor, daß, falls Österreich oder Deutschland von Rußland angegriffen werden sollte, die beiden vertragschließenden Parteien sich mit ihrer ganzen Kriegsmacht zu unterstützen hätten. Der geheime Vertrag wurde für fünf Jahre geschlossen und konnte verlängert werden.<sup>26</sup>

Das Bündnis knüpfte die beiden mitteleuropäischen Mächte noch fester aneinander und wurde von nun ab bis zum Zusammenbruch des Kaiserreiches im November 1918 zum Fundament der deutschen auswärtigen Politik. Von diesem Kurs sollten weder Bismarck noch seine Nachfolger jemals abweichen. Ursprünglich und solange Bismarck am Ruder blieb, war es in seinen Absichten im Wesentlich defensiv. Deutschland und Österreich wollten sich gegenseitig gegen die steigende Flut des Panslawismus unterstützen. Deutschland konnte im Falle eines Aufflammens französischer Revanchebestrebungen auf Österreichs Neutralität rechnen, und ebenso war Österreich gegen den italienischen Irredentismus gesichert.

Die Zeitgenossen betrachteten diese Leistung Bismarcks als sein Meisterwerk. Der französische Botschafter in Berlin schrieb: „Vom Standpunkt seines europäischen Ansehens und seiner Popularität in Deutschland hat Bismarck ein so bedeutendes Werk vollbracht wie das des Abschlusses des Bündnisses mit Österreich ... Ohne Kriege, ohne teuer erkaufte Eroberungen, ohne beschwerliche oder schwächende Annexion hat er den Jahrhunderte alten deutschen Traum

<sup>25</sup> Die Große Politik, a.a.O., Bd. III, S. 16

<sup>26</sup> A. F. Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879-1914, Wien u. Leipzig 1920, Bd. I, 6 ff; s.a. Große Politik Bd. III, S. 1 ff.

der Vereinigung aller Staaten mit überwiegend deutscher Bevölkerung in einem gemeinsamen politischen System zu machtvoller Gemeinschaft verwirklicht.“<sup>27</sup> Diese Meinung der Zeitgenossen blieb auch später unverändert<sup>28</sup>, nur hier und da gab es vor dem Weltkrieg auch Kritik. Nach 1914, als die Unterstützung Österreichs durch Deutschland als eine der Hauptursachen für den Weltkrieg galt, wurde von mancher Seite, selbst in Deutschland, die Weisheit Bismarcks in Frage gestellt. Man argumentierte, Bismarck habe sich Rußland durch das Bündnis mit Österreich entfremdet, habe dadurch selbst den Grundstein zur französisch-russischen Allianz gelegt und schließlich durch Begünstigung der österreichischen Interessen auf dem Balkan den Weg für den Weltkrieg von 1914 bereitet.

Es ist allerdings falsch anzunehmen, daß Rußland von 1879 an Deutschland dauernd entfremdet gewesen wäre. Schloß doch Bismarck zwei Jahre später, am 18. Juni 1881, den russischen Geheimvertrag, den er dann auch mit einigen Änderungen erneuerte, so lange er an der Macht war. Auch ist es falsch, in diesem Zusammenhange an die Zwangsläufigkeit des französisch-russischen Bündnisses zu glauben. Es ist auch nicht richtig, daß das Bündnis von 1879 notwendigerweise einen österreichisch-russischen Zusammenstoß auf dem Balkan nach sich ziehen mußte. Bismarck blieb seinen defensiven Zielen, die er beim Abschluß des Bündnisses verfolgte, treu und unterließ es später niemals, Österreich darauf aufmerksam zu machen, daß Deutschland nicht für eine österreichische Expansionspolitik auf dem Balkan eintreten werde. Er nahm wiederholt die Gelegenheit wahr, Österreich an die defensive Natur des Bündnisses zu erinnern.<sup>29</sup> Zum Beispiel warnte er im Jahre 1885 Wien vor allzu weitgehender Unterstützung Serbiens. Die serbischen Ansprüche würden sich nur steigern, eines Tages werde sich Serbien gegen Österreich wenden und es werde eine serbische Irredenta im ungarischen Banat geben.<sup>30</sup> Erst Jahre nach Bismarcks Entlassung begann Österreich seine mehr unabhängige Politik zu verfolgen, mit der es das Bündnis aus einem formell defensiven in ein tatsächlich offensives zu verwandeln suchte. Die Kritik muß sich also weniger gegen Bismarck als vielmehr gegen seine Nachfolger, insbesondere Bernhard von Bülow und Theobald von Bethmann Hollweg, richten, die es unterließen, Bismarck in seiner Politik der Mäßigung Österreichs zu folgen.

Es wäre auch ein Fehler, einfach anzunehmen, Bismarck habe im Jahre 1879 endgültig im österreichischen Sinne optiert und damit den Draht zwischen Berlin und Sankt Petersburg abreißen lassen. Bismarck wartete nur auf die Gelegenheit, ihn wiederanzuknüpfen. Die Mißstimmung, die der Berliner Vertrag 1878 zwischen Berlin und Sankt Petersburg ausgelöst hatte, wurde bald wieder überwunden, und am 18. Juni 1881 unterzeichneten Bismarck, der russische Botschafter Peter Saburow und sein österreichischer Amtskollege Emmerich Graf Széchényi das „Dreikaiserbündnis“, das bis 1918 auf das strengste geheimgehalten werden sollte. Artikel I dieses Abkommens bestimmte, daß „in dem Falle, wo eine der hohen vertragschließenden Parteien sich mit einer vierten Großmacht im Kriege befinden würde, die beiden anderen ihr gegenüber wohlwollende Neutralität aufrechterhalten und ihre Tätigkeit der örtlichen Begrenzung des Streitfalles widmen würden.“ Sollte also Deutschland in einen Krieg mit Frankreich verwickelt werden, oder Österreich mit Italien oder Rußland mit der Türkei, so hatte keines der drei östlichen Kaiserreiche einen Angriff von den beiden anderen Vertragspartnern zu befürchten.

Der Sinn dieses Geheimabkommens bestand für Bismarck darin, einen russisch-österreichischen Konflikt zu verhindern und den europäischen Frieden zu sichern. Durch Artikel II des Vertrages

---

<sup>27</sup> Bourgeois, Émile u. Pagès, Georges: Die Ursachen und die Verantwortlichkeiten des Großen Krieges 1914. Endgültige Fassung des dem Französischen Senat erstatteten Gutachtens vom 18. Okt. 1919. Hrsg. von Bernhard Schwertfeger, Berlin 1926; Saint-Vallier an Freycinet, 22. März 1880, S. 368 f.

<sup>28</sup> C. Grant Robertson, Bismarck, New York 1919, S. 363 f.

<sup>29</sup> Die Große Politik, a.a.O., Bd. IV, S. 338; Bd. V, 8, S. 26 ff., 35 f., 136 f., 149 f., 194 f.

<sup>30</sup> Ebenda, Bd V, S. 11 f.

entstand eine stillschweigende Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären. Der östliche Balkan mit Bulgarien war russische Einflußzone, während der Westbalkan und Serbien dem Einflußbereich Österreich-Ungarns zugeordnet wurden.<sup>31</sup> Dies schien das sicherste Mittel zu sein, um gefährliche Streitigkeiten auf dem Balkan zu vermeiden. Bismarck scheute sich in der Folgezeit auch nicht, seinen Einfluß geltend zu machen, um die Verbündeten dazu zu bewegen, sich auf die festgesetzten Einflußsphären zu beschränken.

1887 lief der Vertrag jedoch aus, und der neue russische Zar Alexander III. lehnte eine Erneuerung des Bündnisses ab, weil Österreich 1885/86 Serbien in einem Krieg mit Bulgarien unterstützt hatte. Alexander III. hegte ein tiefes Mißtrauen gegen Österreich, das ihm von seinem Großvater Nikolaus I. hinterlassen worden war und auf die unschöne Rolle zurückging, die Wien während des Krimkrieges 1853/56 gespielt hatte.

Als Ersatz für den Dreikaiservertrag schloß Bismarck mit dem russischen Botschafter Peter Schuwalow den Rückversicherungsvertrag, dessen Artikel I folgenden Wortlaut hatte: „Für den Fall, daß eine der hohen vertragschließenden Parteien sich mit einer dritten Großmacht im Kriege befinden sollte, wird die andere eine wohlwollende Neutralität bewahren und ihre Sorge darauf richten, den Streit örtlich zu begrenzen. Diese Bestimmung soll auf einen Krieg gegen Österreich oder Frankreich keine Anwendung finden, falls dieser Krieg durch einen Angriff einer dieser beiden letzten Mächte hervorgerufen ist.“<sup>32</sup>

Dieses Defensivbündnis war für die Zwecke Bismarcks völlig ausreichend. Er suchte keinen Konflikt mit Frankreich, und sollte Frankreich einen Krieg beginnen, dann war Deutschland durch Österreichs wohlwollende Neutralität im Süden und durch den Rückversicherungsvertrag nun auch im Osten gedeckt. Das deutsche Bündnis mit Österreich blieb von diesem Vertrag mit Rußland unberührt, gleichzeitig erkannte er aber die russischen Interessen auf dem Balkan und an den Meerengen an. Der Rückversicherungsvertrag hatte eine Laufzeit von nur drei Jahren, dann mußte er verlängert werden.

1882 schloß sich Italien dem deutsch-österreichischen Defensivbündnis von 1879 an und dieses wurde damit zum Dreibund erweitert. Sowohl Berlin wie auch Wien und Rom versprachen sich von diesem Übereinkommen bedeutende Vorteile. Die Regierung Italiens gewann durch die Freundschaft mit Deutschland an Selbstbewußtsein und betrachtete ihr Land nunmehr als europäische Großmacht, auch wenn weder die Armee noch die Wirtschaft des Königreichs dies rechtfertigten. Hatte Italien bisher mit Österreich-Ungarn wegen des südlichen Tirol und wegen des Küstenlandes<sup>33</sup> mit der Hafenstadt Triest im Streit gelegen, so war aus diesem Staat nun ein Verbündeter geworden. Bismarck hoffte, durch diesen Vertrag ein italienisch-französisches Bündnis verhindern zu können, außerdem mußte Frankreich im Falle eines Krieges einen Teil seiner Truppen an der Grenze zu Italien konzentrieren.<sup>34</sup> Der Dreibundvertrag mußte alle fünf Jahre verlängert werden. 1883 schloß sich Rumänien dem Bündnis an. Der Dreibund war sowohl vom Vertragstext wie von seinen Intentionen her rein defensiver Natur, Bismarck selbst bezeichnete das Bündnis in einem Privatbrief als „Friedensliga“.<sup>35</sup>

Im März 1890 wurde Bismarck von dem jungen Kaiser Wilhelm II. aus seinem Amt als Reichskanzler entlassen. Anlaß war die von Bismarck geplante Verschärfung der Sozialistengesetze, die Wilhelm II., der sich als Kaiser aller Deutscher, also auch der Arbeiterklasse verstand, nicht mittragen wollte.

---

<sup>31</sup> Ebenda, Bd. V, S. 195.

<sup>32</sup> Ebenda, Bd. V, S. 253.

<sup>33</sup> Das österreichische „Küstenland“ bestand aus der Gefürsteten Grafschaft Görz und Gradiska, der Markgrafschaft Istrien sowie Triest.

<sup>34</sup> Sidney B. Fay, Der Ursprung des Weltkrieges, Berlin 1930, Bd. I, S. 56.

<sup>35</sup> Die Große Politik, a.a.O., Bd. III, S. 263.

Hinzu kam, daß Bismarck zu diesem Zeitpunkt fast 75 Jahre alt war, während der Kaiser gerade 31 Jahre zählte. Es stand damit auch ein Generationenwechsel an, der durch den vorzeitigen Tod von Friedrich III. beschleunigt wurde. Dieser als liberal geltende Kaiser war 1888 nach einer Regierungszeit von nur 99 Tagen an einer schweren Krebserkrankung gestorben.

Neuer Kanzler wurde General Leo von Caprivi. Zu dieser Zeit stand die Verlängerung des streng geheimen Rückversicherungsvertrages mit Sankt Petersburg an, die aber von der neuen Regierung nicht mehr angestrebt wurde. Zum einen war Caprivi von dem komplizierten Geflecht der Bismarckschen Bündnisverträge überfordert, zum anderen glaubte man im Auswärtigen Amt fälschlicherweise, daß die Bestimmungen des Rückversicherungsvertrages und des Dreibundvertrages sich gegenseitig ausschließen würden.

Als am 1. Juli 1890 Deutschland und Großbritannien die Inseln Helgoland und Sansibar<sup>36</sup> gegeneinander tauschten, schien sich eine dauerhafte deutsch-englische Annäherung abzuzeichnen. Dadurch drohte Rußland in die außenpolitische Isolation zu geraten, was wegen der russisch-britischen Rivalitäten nicht ganz unbedenklich war. Diese Interessengegensätze erstreckten sich quer über den ganzen eurasischen Kontinent vom Nahen bis zum Fernen Osten, von den Meerengen bei Konstantinopel über Afghanistan und Persien, die indische Nordwestgrenze, bis zur Mandschurei im Nordosten Chinas. Der kontinentale britisch-russische Gegensatz wurde damals als „The Great Game“ bezeichnet.

Um der drohenden Isolation zu entgehen, strebte Zar Alexander III. eine Verständigung mit Frankreich an. Eine nicht unerhebliche Rolle spielte dabei die Tatsache, daß französische Banken Rußland umfangreiche Kredite für seine beginnende Industrialisierung gewähren konnten. Da Frankreich durch das diplomatische Geschick Bismarcks seit 1871 seinerseits ohne Verbündete war, kam dieses Angebot Paris sehr entgegen.

Der russische Außenminister Nikolai Karlowitsch de Giers, der sich intensiv für die Erneuerung des Rückversicherungsvertrages mit Deutschland eingesetzt hatte, legte dem russischen Botschafter in Paris Arthur Pawlowitsch Baron von Mohrenheim in einem Schreiben vom 19. August 1891 Motive für die angestrebte Verständigung mit Frankreich dar. 1892 stehe, so Giers, die vertragliche Verlängerung des Dreibundes zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien an, und er halte es für wahrscheinlich, daß Großbritannien sich diesem Bündnis anschließen werde. Um dem ein Gegengewicht entgegenzusetzen, sollten Rußland und Frankreich als Vorstufe zu einem Defensivbündnis einen Meinungs austausch anstreben.<sup>37</sup> Kurze Zeit später wurde von Paris und Sankt Petersburg ein Konsultativpakt unterzeichnet, dem ein Jahr später, am 18. August 1892, eine geheime französisch-russische Militärkonvention folgte. Mit dieser verpflichteten sich beide Parteien, daß, falls eine von ihnen von einer Dreibundmacht angegriffen werden und gleichzeitig Deutschland in den Krieg eintreten sollte, sie sich gegenseitig mit allen Kräften unterstützen würden. Dieser Vertrag trat nach der Ratifizierung durch die beiden Staaten am 4. Januar 1894 in Kraft.

Für Paris ging es bei diesem Defensivbündnis in erster Linie darum, die Bismarck'sche Außenpolitik der politischen Ausgrenzung Frankreichs zu durchkreuzen und mit diesem Vertrag aus seiner Isolation herauszukommen. Sankt Petersburg wollte dagegen in erster Linie einem weiteren Vordringen Österreich-Ungarns auf dem Balkan Grenzen setzen. Außerdem fürchteten beide Regierungen eine Verständigung zwischen Großbritannien und dem Dreibund.

Für Sankt Petersburg hatte die drohende Konfrontation mit dem britischen Empire in Asien oberste Priorität. Deswegen waren die deutsch-russischen Beziehungen keineswegs unfreundlich, das

---

<sup>36</sup> Sansibar war nie im Besitz Deutschlands, es hatte nur einen Besitzanspruch auf diese Insel.

<sup>37</sup> Patricia A. Weitsman, *Dangerous Alliances, Proponents of Peace, Weapons of War*, Stanford 2003, S. 105 f.

Problem war aus russischer Perspektive das Bündnis zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn sowie die Balkanpolitik der Donaumonarchie. Gleichzeitig gab es innerhalb der panslawistisch gestimmten russischen Eliten eine antideutsche Strömung, die von Zar Alexander III. in gewissem Umfang geteilt wurde.

In den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts waren einer engeren französisch-russischen Zusammenarbeit jedoch deutliche Grenzen gesetzt. Der Quai d'Orsay stellte sich auf den Standpunkt, daß der Bündnisvertrag Frankreich nur geringe Pflichten auferlege, da Rußland ganz offensichtlich nicht gewillt sei, in einen Krieg zur Rückeroberung Elsaß-Lothringens einzutreten.<sup>38</sup> Und die russische Regierung war ihrerseits nicht bereit, wegen des Bündnisses mit Frankreich ihre nach wie vor guten Beziehungen zu Deutschland aufs Spiel zu setzen. 1895 brachte der Berater und spätere Nachfolger von Außenminister de Giers, Wladimir Nikolajewitsch Graf Lamsdorf, die russische Interessenlage auf den Punkt, als er erklärte, der eigentliche Zweck des Bündnisses sei es, Rußlands Handlungsfreiheit zu sichern und Frankreichs Überleben zu garantieren, während gleichzeitig dessen antideutscher Politik Grenzen gezogen würden.<sup>39</sup>

Die Wertung des Berliner Kongresses 1878 und seiner Ergebnisse ist in der historischen Forschung naturgemäß umstritten. Wegen des offen imperialistischen Feilschens über Territorien ohne jede Rücksicht auf die nationalen Rechte der ansässigen Bevölkerung und wegen der kurzfristigen und kurzsichtigen Politik, die dabei zu Tage trat, ist er zum Teil heftig kritisiert worden.<sup>40</sup> Dem wird die Wahrung des Friedens in Europa gegenübergestellt, auch wenn dies nur für die Beziehungen zwischen den europäischen Großmächten galt und die Verhältnisse auf dem Balkan auch in der Folgezeit krisenhaft und friedensgefährdend blieben.<sup>41</sup>

Die europäische Krisendiplomatie, die 1878 unter Leitung Bismarcks einen großen europäischen Krieg mit Erfolg verhindert hatte, versagte 1914 vollständig – mit den bekannten Folgen. Man kann argumentieren, daß die außerordentlich komplizierte Krisendiplomatie, die Bismarck seinerzeit betrieb, sich auf die Dauer und vor allem ohne die Person des Reichskanzlers nicht erfolgreich durchhalten ließ. Auf der anderen Seite hatten die Nachfolger Bismarcks und Gortschakows in Berlin und Sankt Petersburg sich in den letzten Julitagen des Jahres 1914 auf eine Kompromißlösung nahezu geeinigt, mit der die durch das Attentat von Sarajewo ausgelöste Krise hätte bereinigt werden können. Sie scheiterten an unzulänglicher Kommunikation und endeten in einem Weltkrieg. Aber dies ist eine eigene Geschichte.

**Dr. phil. Walter Post**, Jg. 1954, studierte Politische Wissenschaften, Neuere Geschichte und Philosophie in München und promovierte dort 1990 mit einer Dissertation über „Sowjetische Chinapolitik in der Ära Breschnew“. Er war 1990 bis 1994 Lehrbeauftragter für das Fach Internationale Politik am Geschwister-Scholl-Institut der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU). Seit 1995 ist er freiberuflicher Historiker und Publizist. 1993 erhielt er die Dr.-Walter-Eckhardt-Ehrendiener für Zeitgeschichtsforschung. Neben seiner Forschungsarbeit publizierte er an die Dutzend Bücher über Ursachen und Geschehen des Zweiten Weltkriegs, zuletzt „Weltenbrand – Der 2. Weltkrieg 1939 – 1945: Schuldfrage, Hintergründe, Verlauf“, erschienen 2019.

<sup>38</sup> Thomas M. Iiams, Dreyfus, Diplomats and the Dual Alliance: Gabriel Hanotaux at the Quai d'Orsay, 1894-1898, Genf 1962, S. 27 f.

<sup>39</sup> Dominic C. B. Lieven, Nicholas II., Emperor of All the Russias, London 1993, S. 93.

<sup>40</sup> William Norton Medlicott: The Congress of Berlin and After. A Diplomatic History of the Near Eastern Settlement 1878-1880, London 1963.

<sup>41</sup> Theodor Schieder: Europa im Zeitalter der Nationalstaaten, a.a.O., S. 67.